Protokoll

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Grundsicherung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf am Donnerstag, dem 04.11.2004, im Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

---

Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Beginn:	16.40 Uhr
Ende:	18.20 Uhr
Gäste:	siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschußvorsitzende, Herr Bösener, begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beschlossen, dass als neuer Tagesordnungspunkt 2 die Genehmigung des Protokolles der Sitzung vom 02.09.2004 aufgenommen wird.

TOP 1: **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

TOP 2 (neu): **Protokoll**

Das Protokoll der 20. Sitzung wurde genehmigt.

TOP 3 (neu): **Wahl von Ehrenamtlichen**

Nach kurzer Diskussion wird der Vorlage zugestimmt. Das Bezirksamt wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung in die BVV einzubringen.

TOP 4 (neu): **Stand Einführung Arbeitslosengeld II (SGBII/Hartz IV)**

Herr Wöpke berichtet über den neusten Stand der Vorbereitung bezüglich der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Von den 4223 verschickten Anträgen sind mit Stand 03.11.2004 2137 Anträge zurückgesandt worden. Der Großteil der Anträge ist unvollständig. Umfassende Nacharbeiten sind notwendig. Für das Programm A2LL sind von der Agentur für Arbeit 31 Zugriffsrechte für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf vergeben worden. Seit der Installierung des Programms wurden 142 Anträge (Stand 03.11.2004) eingegeben. Die Eingabe der Anträge gestaltet sich als schwierig und zeitaufwendig, da das Programm noch nicht ausgereift ist. Die eingegebenen Anträge müssen nach dem Vier-Augen-Prinzip komplett geprüft werden – es gibt keine Plausibilitätsprüfung -. Die Versendung der Bescheide soll Anfang Dezember erfolgen. Die zusätzlichen Mitarbeiter, die für die Antragsbearbeitung Alg II eingesetzt werden, werden u. a. auch freiwillig am Wochenende arbeiten.

Der Antragsrücklauf verläuft weiterhin sehr schleppend. Auf eine weitere persönliche Mahnaktion wird verzichtet. Eigene statistische Auswertungen haben gezeigt, dass über eine erhöhte Medienpräsenz ein größerer Rücklauf zu erwarten ist. Neue Presseerklärungen sind in Vorbereitung.

Über den Standort des zukünftigen JobCenters ist noch keine Entscheidung gefallen. In der 46. Kalenderwoche werden die Trägervertreter über die Immobilienangebote informiert.

Die Abteilung hat eine endgültige Entscheidung über das Personal (Anzahl, Personen, Einsatzgebiet) getroffen, das in die ArGe wechseln wird.

Der Ausschussvorsitzende erkundigt sich nach den Haushaltsansätzen 2005 für die ArGe. Über die Höhe der Haushaltsansätze können zur Zeit keine Aussagen getroffen werden.

Herr Wöpke berichtet über die Tagesordnung der 3. Sitzung der Trägervertretung. Dort wird u.a. über die Umsetzung der Arbeitsangebote für den Personenkreis der ‚Unter 25-Jährigen' beraten.

Herr Imlau berichtet, dass die Frage der Barauszahlungen an Personen, die keine Kontoverbindung haben, geklärt ist. Die Auszahlung könnte nur an einem Kassenautomaten/-bereich bei der Agentur für Arbeit am Händelplatz erfolgen, da nur dort Automaten mit dem Programm A2LL vernetzt sind.

Herr Imlau unterrichtet den Ausschuss über die Vorbereitungen zur Einführung des SGB XII. Hier wird es die neue Software ProSoz Version 8 geben. Nach dem erfolgten Datentransfer Mitte November 2004 müssen allerdings alle Daten der Hilfeempfänger, die Leistungen nach dem SGB XII erhalten, überprüft werden, um die Zahlungen ab Januar 2005 zu gewährleisten. Daher wird das Sozialamt in der Zeit vom 26.11. bis 13.12.2004 geschlossen.

In den Arbeitsrunden bezüglich des Modellsozialamt 2005 sind noch keine Entscheidungen getroffen worden. Die bereits im letzten Protokoll erwähnte Personalbemessung soll möglichst umgesetzt werden, um den neuen Gesetzesvorgaben gerecht zu werden. Der Finanzsenator muss diesem Vorschlag noch zustimmen.

TOP 5 (neu): **Auswirkungen der Sparmaßnahmen**

Mit dem Stand Ende Oktober 2004 zeigt es sich, dass im Haushaltsjahr 2004 Mehrausgaben in Höhe von 10 Mio € zu erwarten sind. Diese Mehrausgaben setzen sich vorrangig aus den höheren Fallzahlen und den Mehrausgaben bei der Krankenhilfe zusammen. Ein Ausgleich soll erfolgen.

TOP 6 (neu): **Bericht aus dem Bezirksamt**

- Hertha-Müller-Haus

  Herr Wöpke weist nochmals auf die Eröffnungsfeier und den Tag der offenen Tür hin. Die Baukosten werden voraussichtlich den gesteckten Rahmen nicht überschreiten.
  Die Nutzungspreise (incl. Reinigung) für eine kommerzielle/private Nutzung sind festgelegt worden:

Räumlichkeiten bis 50 m²	25,-- € pro Stunde
Räumlichkeiten bis 100 m²	50,-- € pro Stunde
Räumlichkeiten über 100 m“	70,-- € pro Stunde

  Fördermitglieder erhalten einen Preisnachlaß in Höhe von 5,-- € pro Stunde. Sylvester wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 375,-- € verlangt.

- Seniorenfreizeitstätte Ostpreußendamm 52

Der Dezernent legt dem Ausschuss eine vom Hochbauamt erstellte Aufstellung aus dem September 2003 über die verschiedenen Varianten der Renovierungs- bzw. Sanierungsarbeiten für die Begegnungsstätte vor. Für die Abteilung wäre eine Umsetzung der Variante 4 wünschenswert. Eine Entscheidung über eine der genannten Varianten gibt es nicht, da das Bezirksamt über die Investitionsplanungen noch keine Beschlüsse gefasst hat.
Im Ausschuss wird eine kontroverse Diskussion geführt über den Umfang und Inhalt der vom Bezirksamt bislang gegebenen Informationen zu erforderlichen bzw. wünschenswerten Maßnahmen in der Begegnungsstätte. Insbesondere die BV Schmid-Pety und die BV Markl-Vito sind befremdet über die Darstellung seitens des Bezirksamts, dass es die mehrfach im Ausschuss gegebenen allgemeinen Informationen als ausreichende Legitimation ansieht, für die heute erstmals in konkreterer und mit Kostenschätzungen versehenen Varianten von einer Billigung durch den Ausschuss auszugehen. Der Ausschussvorsitzende bestätigt, dass in der Vergangenheit, insbesondere auf den Sitzungen in der Begegnungsstätte (Anfang Juli 2003) zwar über die dringend notwendige Renovierung/Sanierung und einen wünschenswerten Aufzug gesprochen wurde, nicht jedoch über Kosten oder gar eine räumliche Erweiterung.

Die BV Schmid-Petry ruft in Erinnerung, dass das Bezirksamt in der Vergangenheit bei ihr sogar den Eindruck erweckt habe, die Renovierungsarbeiten aus ggf. beim Umbau der Seniorenfreizeitstätte Nord (Argentinische Allee) nicht benötigten Erbschaftsmitteln bestreiten zu können. Sie legt ausdrücklich Wert auf die Feststellung, dass entgegen den Ausführungen des Dezernenten vor ein paar Tagen in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses der Ausschuss für Soziales und Grundsicherung über die fünf Varianten sowie die Höhe evtl. Investitionen bis zum heutigen Tag nicht informiert wurde.
Die BV Kühn erklärt, dass ihre Fraktion wegen Beratungsbedarfs zu dieser Thematik um Vertagung der Debatte bittet. Dem schließen sich die anderen Fraktionen an.

- Sozialstrukturatlas

  Der in Zusammenarbeit u. a. mit der Abteilung Jugend, Gesundheit und Umwelt zu erstellende bezirkseigene Sozialstrukturatlas wird voraussichtlich Mitte 2005 zur Verfügung stehen.

TOP 7 (neu): **Verschiedenes**

Die BV Schmid-Petry fragt nach den Ergebnissen der Miniermotten-Aktion 2003/2004. Der Dezernent teilt mit, dass es folgende sozialhilferechtlichen Konsquenzen geben hat:

Insgesamt wurden 239 Personen angeschrieben. Davon sind 55 Personen erschienen und 40 Personen waren entschuldigt.

In 48 Fällen kam es zu Sozialhilfekürzungen; bei 11 Personen wurde die Sozialhilfezahlung eingestellt; in 21 Fällen wurden Ermahnungen ausgesprochen und 20 Personen sind nicht mehr im Amt erschienen. 21 Personen war nachträglich entschuldigt, 11 Personen haben die Arbeitsunfähigkeit per Attest nachgewiesen und bei 6 Fällen ist die Post nicht angekommen. Weitere 6 Fälle konnten nicht mehr geklärt werden.

Informationen über die Aktion 2004/2005 werden in der nächsten Sitzung nachgereicht.

Die nächste Ausschusssitzung findet am 02.12.2004 statt.

Ausschußvorsitzender:	BV Bösener	
Schriftführerin:	BV Kühn	
Protokoll:	Frau Wansner	Berlin, den 11.11.2004